

stabs-/Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung«, der heute sein 50. Jubiläum feiert, sind wichtige Motoren der Verständigung zwischen ganz unterschiedlichen Völkern. Ich gratuliere Ihnen zu dieser guten Tradition. Die Bundeswehr ist – gerade durch solche Lehrgänge und Begegnungen – zu einem Friedensmotor geworden. Sie befördert das große »Wir«, ohne das ein dauerhafter Friede nicht möglich ist.

Wie bildet man Menschen aus, die solch wichtige Aufgaben übernehmen? An dieser Führungsakademie, das habe ich gespürt, wird kein geistiger Gleichschritt gelehrt. Hier werden Persönlichkeiten gebildet und eine Fülle von Fähigkeiten entwickelt: Entscheidungsvermögen und Übersicht in fordernden Gefechtsituationen, aber auch politisches Urteilsvermögen und diplomati-

sches Fingerspitzengefühl, die Fähigkeit, Widerspruch in Rede und Gegenrede zu begründen, interkulturelle Kompetenz und der Umgang mit Medien. Alles in allem: die hohe Kunst, Verantwortung zu übernehmen.

»Sie stehen nicht nur persönlich vor ihren eigenen Soldaten im Rampenlicht, sondern als Verantwortliche der Bundeswehr mitten in den Fragestellungen unserer ganzen Gesellschaft.« So hat es Richard von Weizsäcker vor 25 Jahren – und bis heute zutreffend – formuliert. Für diese wichtige Aufgabe wünsche ich Ihnen weiterhin viel Glück, Mut, Selbst- und Gottvertrauen. Ich bin froh, Ihnen heute aus vollem Herzen sagen zu können: Für diese unsere Bundeswehr bin ich dankbar! Das sagt der Bürger Joachim Gauck genauso wie der Bundespräsident.

FP

## Albert Fuchs

# Raus aus der Militär- und »Kriegs-Falle«

## mit unscharfen Analysen und halbherzigen Warnungen?

76

**E**indrücklich wie kaum jemals zuvor in der Zeitschrift Publik-Forum wurde in Nr. 14/12 vor der »Kriegs-Falle«, vor der »Falle militärischer ›Lösungen« gewarnt.<sup>1)</sup> Dabei ist der Autor des betreffenden Beitrags, der Theologe Joachim Garstecki, nicht irgendein zu Alarmismus neigender Friedensfreak, sondern war bis zu seinem Ruhestand als engagierter, aber nüchterner professioneller Akteur und Moderator in der kirchennahen friedensbewegten Szene tätig und anerkannt.<sup>2)</sup> Zu seiner Philippika gegen die militärpolitische Entwicklung der Berliner Republik in besonderer Weise provoziert wurde Garstecki offensichtlich durch die Antrittsrede von Bundespräsident Joachim Gauck vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12. Juni d.J.<sup>3)</sup> und durch Interviewäußerungen von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere im Hörfunk des MDR knapp drei Wochen später, am 1. Juli.<sup>4)</sup>

### ■ Auf den ersten Blick – erhellend und klar

Dem Minister wirft der Kritiker vor allem vor, er rücke – in der Logik der »Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011« – die Bundeswehr »wie selbstverständlich in die Rolle eines Generalbevollmächtigten für die Wahrnehmung internationaler Verantwortung Deutschlands ... als Führungsmacht in Europa« und begreife zugleich die Auslandseinsätze als »beliebig einsetzbares Instrument deutscher Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik« zur »Wahrung deutscher Interessen, wo auch immer. ... Inhaltliche, an Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtete Vorgaben für militärisches Eingreifen« spielten keine Rolle. Damit signalisiere er »einen Paradigmenwechsel, den Abschied Deutschlands vom Leitbild einer zivilen Friedensmacht und den Einstieg in eine militärgestützte Machtpolitik je nach Interessenlage«. Neu sei die »ungeschminkte ›Normalität«, mit der dieser »Klartext« daherkomme.

Dem Bundespräsidenten bescheinigt Garstecki »starke Worte« der Anerkennung der Bundeswehr, stellt ihm dagegen aber ein »friedenspolitisches Armutszeugnis« aus: Auch Gauck lasse »keinen Zweifel daran, dass Auslandseinsätze ... Bundeswehralltag und der wahre Bewährungsfall für die Soldatinnen und Soldaten der Zukunft« seien. Doch gebe es »auf dem Sittengemälde Bundes-

1) Garstecki, J. (2012): In der Kriegs-Falle. Die Politik schwört die Bundeswehr auf Einsätze in der ganzen Welt ein. Eine Warnung. Publik-Forum Nr. 14 (27.07.2012), S. 15-16. Die im Folgenden – abgesehen vom letzten Absatz des vorliegenden Beitrags – nicht belegten Zitate finden sich in diesem Beitrag.

2) Garstecki war u.a. vor der Wende von 1989/90 Studienreferent für Friedensfragen beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR und bald danach über rd. 10 Jahre Generalsekretär der deutschen Sektion von Pax Christi.

3) Gauck, J. (2012): Bundespräsident Joachim Gauck beim Antrittsbesuch bei der Bundeswehr am 12. Juni 2012 in Hamburg. <http://www.bundespraesident.de>

4) De Maiziere sieht keine Tabus für Auslandseinsätze. MDR Info 01.07.2012, <http://www.mdr.de>; Keine Tabus bei Auslandseinsätzen. FR Online 01.07.2012, <http://www.fr-online.de>

wehr, vor dem der Präsident Soldaten und deutsche Öffentlichkeit aufs Kriegsführen« einschwöre, »reichlich blinde Flecken«; u.a. stelle er wieder »Kriegsversehrte« und »deutsche Gefallene« in Aussicht, vermeide aber geflissentlich »das Wort »Kriegseinsätze« und »ebenso die Erwähnung ziviler Kriegstoter«; er gehe »souverän ... über strittige Fragen nach Grundgesetz-Konformität, völkerrechtlicher Legitimation und friedensethischer Verantwortbarkeit hinweg«, nehme »keinen Bezug auf das Friedensgebot des Grundgesetzes«, folge »einem einseitig militärischen Verständnis von Sicherheit« (ohne die erforderliche Beschränkung solcher Sicherheit auf den Schutz gegen rechtswidrige physische Gewalt klarzustellen), ignoriere »die zivilisatorische Einsicht, dass sich Konflikte nicht militärisch lösen lassen«, benutze »das ökumenische Leitbild »gerechter Friede, ohne es eindeutig vom Konzept des »gerechten Krieges« abzugrenzen«. Bilanzierend konstatiert der Autor, in Gaucks Rede fehle »jeglicher friedenspolitische Rahmen«; weder finde er ein Wort zur »vorrangigen Verpflichtung der Deutschen, für Frieden, Sicherheit, Menschenrechte und Menschenwürde mit zivilen und politischen Mitteln zu sorgen«, noch vermittele er »etwas von der Beunruhigung ..., die einen Friedenspolitiker« befallt, »wenn er entdeckt, dass die Politik dabei ist, in die Falle militärischer »Lösungen« zu laufen.«

Im letzten Teil seines Beitrags kontrastiert Garstecki »gute Ansätze einer Kultur der Gewaltprävention« und der Arbeit »in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen ... daran, die Mittel gewaltfreier Konfliktlösungen stark zu machen«, mit der »Untauglichkeit militärischer Mittel, Frieden zu schaffen«, wie es insbesondere im Falle des Afghanistan-Einsatzes »oft die Soldaten selbst, aus eigener Erfahrung« bestätigen.

### ■ Unschärfe und ambivalent – bei genauerem Hinsehen

Bleiben wir bei der zentralen Kritik. Keine Frage: Sie hat »Hand und Fuß«, lässt sich anhand der Bezugsbeiträge von Gauck und de Maiziere Punkt für Punkt nachvollziehen und ist unverkennbar »mit Herzblut« zu Papier gebracht. Erfrischend auch, dass der Kritiker sich nicht davor scheut, Ross und Reiter zu nennen. Friedensethisch und -politisch engagierte Zeitgenossen, die von der angesprochenen Beunruhigung über die militärpolitische Entwicklung (in) der Berliner Republik befallen sind, könnten also anerkennend, ja begeistert akklamieren: Spitze! Wenn schon in keinem »Leitmedium«, so wird doch wenigstens in Publik-Forum gesagt und geschrieben, was von der Linie der Herren Gauck, de Maiziere & Co. zu halten ist. Auf den ersten Blick mag man diese Sicht teilen; auf einen zweiten Blick aber, bei nochmaligem Durchgang, sind in Garsteckis Kri-

tik einige Schwachstellen zu finden, die seine Analyse insgesamt wenig tiefenscharf und seine Warnung halbherzig und ambivalent erscheinen lassen, sie damit kontraproduktiv machen könnten.

So behauptet Garstecki in seinem Kommentar zu den Interview-Äußerungen des Wehrministers, »bisher« seien die »Friedensverpflichtung des Grundgesetzes Ausgangspunkt und bindender Handlungsrahmen deutscher Politik« gewesen. Welche »deutsche Politik« aber könnte damit gemeint sein? Insbesondere welche »bisherige« deutsche Militär- und Sicherheitspolitik? Die der Bonner Republik wohl kaum. Denn abgesehen davon, dass die fragliche Behauptung auch diesbezüglich ähnlich schönfärbisch wäre wie Bundespräsident Gaucks »Sittengemälde Bundeswehr«, lag die Militär- und Sicherheitspolitik der Alt-BRD kaum so im Zentrum der Aufmerksamkeit des damaligen Studienreferenten für Friedensfragen bei den DDR-Kirchen, dass er nach mehr als 20 Jahren seit der Wende mit seiner Einschätzung noch ernst genommen werden (wollen) könnte. Vor allem aber verweist das »bisher« auf de Maizieres Amtszeit. Das aber läuft darauf hinaus, der »deutschen Politik« für die ersten beiden Jahrzehnte nach der Wende und damit insbesondere der neudeutschen Militär- und Sicherheitspolitik dieser Übergangszeit das fragliche Bestzeugnis auszustellen.

Nun vertrat Garstecki in den Bellizismus-Pazifismus-Auseinandersetzungen der 1990er Jahre bei Pax Christi, vor dem Hintergrund u.a. der jugoslawischen Sezessionskriege, offensiv und mit einigem pax christi-internem Zuspruch, den seinerzeit aufkommenden und sich vor allem im rotgrünen Milieu bald zum Standard des politischen Diskurses über Krieg und Frieden mausernden »Menschenrechts-Bellizismus«.<sup>5)</sup> Insofern kommt seine Einschätzung nicht von ungefähr und nicht sonderlich überraschend; sie muss inzwischen aber tief befremden.

Bereits in den von dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühle zu verantwortenden Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 gehören nationale Machtansprüche und Wirtschaftsinteressen explizit zu den »vitalen Sicherheitsinteressen« Deutschlands; auch kommt bereits hier konkret und unverblümt zum Ausdruck, woran dabei zu denken ist: u.a. an die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...«. <sup>6)</sup> Alle einschlägigen regierungsamtlichen Anschlusspapiere, bis hin zu de Maizieres Richtlinien von 2011, halten an dieser Linie fest, modulieren nur die »Tonart«.

5) Vgl. Publik-Forum (1995): Dokumentation. Pax Christi zur Pazifismus-Debatte. Notfalls mit Gewalt. Publik-Forum Nr. 16 (25.08.1995), S. 10-11.

6) Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.) (1992): Verteidigungspolitische Richtlinien (Ziff. 8). Bonn: Herausgeber.

Parallel dazu wird seit der Epochenwende bei jedem konkreten Rückgriff auf militärische Gewalt von den Regierenden in Rechtfertigungs-Reden und -Interviews das hohe Lied von Deutschlands Verantwortung zum Einsatz des Lebens für »die Grundwerte einer zivilisierten Weltgemeinschaft: Recht und Frieden« angestimmt<sup>7)</sup> – vielfach mit reichlich moralistischem Schaum vor dem Mund, wie insbesondere unter Rot-Grün im Zusammenhang des Kosovo-Kriegs. Zu dem Resultat bekannte sich rückblickend mit unverhohlenem Stolz Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Zeit-Interview: »Wir haben nicht erst heute oder seit dem 11. September angefangen zu handeln, sondern wir haben in den letzten drei Jahren deutsche Außen- und Sicherheitspolitik fundamental verändert.«<sup>8)</sup>

Dass aber nicht die »Friedensverpflichtung des Grundgesetzes Ausgangspunkt und bindender Handlungsrahmen« dieser fundamentalen Veränderung gewesen sein kann, ist kaum zu bezweifeln, wenn man etwa die zunehmende weltweite Befeuerung gewaltträchtiger Konflikte durch deutsche Rüstungsexporte im gleichen Zeitabschnitt in Betracht zieht. So ist bspw. Deutschland nach den Untersuchungen der Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI seit Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zum drittgrößten Waffenhändler beim Weltrüstungshandel mit konventionellen Großwaffensystemen avanciert (mit einem Anteil von plus/minus 1 %) – hinter den USA (mit 30 %) und Russland (23 %) und vor Frankreich (8 %) und Großbritannien (4 %).<sup>9)</sup> Zu solchem aus der Perspektive der »Friedensverpflichtung des Grundgesetzes« höchst fragwürdigem Erfolg ein weiteres aufschlussreiches Beispiel: Gemäß den eigenen Angaben der Bundesregierung stiegen seit 1996 die jährlichen Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter für die Gruppe der Drittländer (wie auch insgesamt) kontinuierlich, zwar mit ausgeprägten Jahresschwankungen, aber bis 2009 deutlich um mehr als 100 %.<sup>10)</sup> Inzwischen exportiert Deutschland schließlich immer mehr und immer offener Waffen auch in Konflikt- und Krisengebiete; der Boom des Leopard-Panzers scheint diesbezüglich einen Politikwechsel zu

markieren.<sup>11)</sup> Gleichzeitig weht der Rüstungsexportpolitische Wind heftig in Richtung weiterer Herabsetzung der normativen Beschränkungen.<sup>12)</sup> Im Lichte dieser Entwicklung drängt sich die Frage auf, ob der regierungsamtliche Verantwortungsjargon, die Beschwörung von Deutschlands Verantwortung für »Freiheit, Recht und Frieden« oder die »Menschenrechte in aller Welt« mehr ist als ein letztlich einfältiges Täuschungsmanöver beim Ausbringen dieses Köders in die »Falle militärischer ›Lösungen‹«.

Garsteckis Rekurs auf eine vorgebliche Bindung der »bisherigen« deutschen Politik an die »Friedensverpflichtung des Grundgesetzes« gegen den nach seiner Darstellung (erst) von de Maiziere betriebenen »Abschied von dem Leitbild einer zivilen Friedensmacht« steht angesichts der militärpolitischen Kontinuität seit der Epochenwende seiner eigenen Kritik im Weg. Und gravierender: Die Kritik, falls sie den Adressierten erreichen würde, brauchte nicht ernst genommen zu werden, weil der Kritiker selbst in seinem (vormaligen) Wirkungsbereich effektiv zu dem inkriminierten Paradigmenwechsel beigetragen hat – das aber anscheinend bis heute nicht sieht oder nicht wahrhaben will.

Die Schwachstellen in Garsteckis Auseinandersetzung mit der Hamburger Rede des Bundespräsidenten sind weniger offensichtlich und erschließen sich eher indirekt: vor allem über den durchgehend affirmativen Bezug des Kritikers auf friedensethische Positionen der beiden Großkirchen. So ist das im kirchlichen Milieu seit rd. drei Jahrzehnten ventilierte und inzwischen als »ökumenisches friedensethisches Leitbild« favorisierte Konzept eines »gerechten Frieden« keineswegs so klar vom Konzept des »gerechten Krieges« abgegrenzt, wie vielfach behauptet und auch von Garstecki unterstellt wird, wenn er Gauck eine Konfundierung beider Konzepte vorhält. Zwar ist Gaucks diesbezügliche Äußerung ausgesprochen verquast und mag auch dahingehend verstanden werden können, dass er »gerechten Krieg« als Mittel zu »gerechtem Frieden« propagiert. Dagegen sprechen die Großkirchen zwar kaum noch von »gerechtem Krieg«, rechnen aber gleichfalls auf unabsehbare Zeit mit »Grenzsituationen«, in denen militärische Gewalt (wieder) geeignet und ethisch vertretbar oder gar geboten sein könne, um Unrecht und Gewalt Einhalt zu gebieten. Folglich müssen sie ethische Kriterien für die Zulässigkeit dieser dann z.B. »rechtserhaltend« geheißene Gewalt erstellen und irgendwie muss sie in die Zielperspektive der Überwindung des Krieges durch gerechten Frieden gerückt werden. Dass

7) So bei Einspielung der neuen »Militärmusik« im Zusammenhang des Zweiten Golfkriegs, von höchst prominenter Stelle, der damalige Bundespräsident R. von Weizsäcker (1991): »Amerikanische Soldaten setzen ihr Leben für die Freiheit ein« – Rede vor Angehörigen von US-Soldaten am 29.01.1991 in Kirch-Göns bei Gießen. Frankfurter Rundschau, 30.01.1991, S. 4.

8) Schröder, G. (2001): Eine neue Form der Selbstverteidigung. Bundeskanzler Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt. Die Zeit, 18.10.2001, <http://www.zeit.de>

9) Stockholm International Peace Research Institute/SIPRI (2010): Yearbook 2010: Armaments, Disarmament and International Security. Summary. <http://www.sipri.org>

10) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2011): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2009 (Rüstungsexportbericht 2009), S. 19 (Abb. 1), <http://www.bmwi.de>

11) Vgl. Lau, J. (2012): Panzerdeals – Weg mit der Waffe! Zeit Online, 02.08.2012, <http://www.zeit.de>

12) Wagner, J. (2012): Rüstungsexportoffensive. Das EU-Verteidigungspaket führt zu einer Absenkung der Exportbeschränkungen. Ausdruck, 10 (4), S. 10-12, <http://www.imi-online.de>

### Fact-Sheet: Kriegsbündnis NATO

„Das westliche Bündnis hat eine lange, andauernde Geschichte und über Jahrhunderte hinweg...“

Die NATO war – und ist heute – eine Militärbündnis- und Kooperationsorganisation der westlichen Welt (vorrangig) Mitglieder des Kalten Krieges ging es primär darum, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern (die Ostblockstaaten aus dem 1990er Jahre) Völlig geändert werden konnte, weshalb sich die Frage der Ausweitung und Abschließung der westlichen Koalition (von den USA an die Spitze) und des EU-Struktur-Intensivierungs Systems.

Die NATO war – und ist heute – eine Militärbündnis- und Kooperationsorganisation der westlichen Welt (vorrangig) Mitglieder des Kalten Krieges ging es primär darum, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern (die Ostblockstaaten aus dem 1990er Jahre) Völlig geändert werden konnte, weshalb sich die Frage der Ausweitung und Abschließung der westlichen Koalition (von den USA an die Spitze) und des EU-Struktur-Intensivierungs Systems.

Die NATO war – und ist heute – eine Militärbündnis- und Kooperationsorganisation der westlichen Welt (vorrangig) Mitglieder des Kalten Krieges ging es primär darum, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern (die Ostblockstaaten aus dem 1990er Jahre) Völlig geändert werden konnte, weshalb sich die Frage der Ausweitung und Abschließung der westlichen Koalition (von den USA an die Spitze) und des EU-Struktur-Intensivierungs Systems.

### Fact-Sheet: Drohnen-Kriege

Next Generation Warfare: Eine neue Methode des Tötens

Die allgemeine Sprachgewalt über die Drohnen...“

Die NATO war – und ist heute – eine Militärbündnis- und Kooperationsorganisation der westlichen Welt (vorrangig) Mitglieder des Kalten Krieges ging es primär darum, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern (die Ostblockstaaten aus dem 1990er Jahre) Völlig geändert werden konnte, weshalb sich die Frage der Ausweitung und Abschließung der westlichen Koalition (von den USA an die Spitze) und des EU-Struktur-Intensivierungs Systems.

### Fact-Sheet: EU-Militarisierung

2012: Beschleunigte Ausweitung von...“

2011: ...“

2010: ...“

2009: ...“

2008: ...“

2007: ...“

2004: ...“

2003: ...“

2000: ...“

1999: ...“

1997: ...“

1992: ...“

### Fact-Sheet: Anzahl der US-Drohnenangriffe in Pakistan und Jordan 2001-2012

Die Fact-Sheets sind auch als gedruckte Papier-Versionen erhältlich:  
[www.dfg-vk.de/shop](http://www.dfg-vk.de/shop)  
 DFG-VK-Shop Pazifex, Werastraße 10, 7182 Stuttgart  
 material@dfg-vk.de

dieser Spagat etwa in dem Bischofswort »Gerechter Friede« oder in der EKD-Denkschrift »Aus Gottes Frieden leben ...« schlüssig und widerspruchsfrei gelungen ist oder überhaupt gelingen kann, ist zu bezweifeln, zumal die fraglichen Kriterien wiederum der Lehre vom »gerechten Krieg« entstammen<sup>13)</sup> und Kriegstreibern und Kriegspropagandisten wie eh und je (auch) ein Instrumentarium kaum beschränkter Gewaltrechtfertigung bieten.<sup>14)</sup> Realisiert man zudem, dass wohl allen kriegerischen Auseinandersetzungen konkurrieren-

de Gerechtigkeitsansprüche zugrunde liegen,<sup>15)</sup> dass insbesondere auch »rechtserhaltende Gewalt« mit einem Gerechtigkeitsanspruch daherkommt, erscheint die Verzahnung schwer auflösbar. Die EKD dürfte George W. Bushs »Krieg gegen den Terror« zwar kaum als Beispiel ihrer »rechtserhaltenden Gewalt« betrachten; gleichwohl sollte die Erinnerung an Bushs geradezu eschatologisch grundierte Beschwörung »Unendlicher Gerechtigkeit« (Infinite Justice) bei Eröffnung dieses Krieges<sup>16)</sup> allen Grund bieten, das schwierige Verhältnis von Gerechtigkeitsideal(en) und Krieg aufs sorgfältigste zu bedenken. Jedenfalls kann man der hier bereitstehenden Krieg-für-Frieden-Falle nicht durch schlichte Berufung auf die (groß-)kirchliche Friedenslehre entgehen; im Ge-

13) Vgl. Die deutschen Bischöfe (2000): Gerechter Friede (Ziff. 150ff.). Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, <http://www.dbk.de>; Evangelische Kirche in Deutschland/EKD (2007): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Ziff. 102). Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, <http://www.ekd.de>

14) Vgl. Lakoff, G. (1991): Clausewitz und das Märchen vom gerechten Krieg. Forum Wissenschaft, 8 (1), S. 13-17; Schildmann, C. (2002): Die Bomben aus Stahl, das Pathos aus Hollywood. Die Wiederentdeckung des »gerechten Krieges« im Medienzeitalter. Vorgänge, 41 (3), S. 71-81.

15) So z.B. Brock, L. (2012): Kirche und Zivilgesellschaft – herausgefordert vom »gerechten Frieden«. epd-Dokumentation Nr. 26/12, S. 28-31 (hier: S. 30).

16) BBC News, 25.09.2011, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/1563722.stm>

genteil: Man läuft allzu leicht sehend nichtsehend hinein.

Ähnlich fragwürdig ist Garsteckis Berufung darauf, dass die Kirchen »unisono eine zivile Friedenspolitik anmahnen und die Grenzen bewaffneter Einsätze einschärfen.« Denn die Rede von »Grenzen bewaffneter Einsätze«, dieses Mantra der kirchlichen Friedenslehre, impliziert, solche Einsätze als grundsätzlich rechtfertigungsfähig anzuerkennen. Abgesehen davon, tragen beide Großkirchen insbesondere durch ihre Militärseelsorge zur kollektiven Identitätsbildung des Militärpersonals bei und nicht zuletzt zur Kontingenz- und Krisenbewältigung bei Verletzung, Traumatisierung und Tod von »Eigenen« im Zusammenhang des militärischen Engagements – und das unabhängig davon, ob die ethischen rechtlichen und politischen »Grenzen« eines Einsatzes ignoriert oder eingehalten werden. Die vielfach zum Ausdruck kommende Wertschätzung (militär-) politischer Entscheider für diese Institution dürfte wesentlich darauf basieren, dass man ihr zutraut, das »moralische Rüstzeug« der Soldatenseelen (mit) zu besorgen. Was andererseits die seit der Epochenwende von (den) westlichen Staaten vom Zaun gebrochenen hoch umstrittenen Militärinterventionen und Kriege betrifft, so haben sich die Kirchenleitungen (hierzulande) nur im Fall des amerikanisch-britischen Angriffskriegs gegen den Irak von 2003 bemerkenswert klar und einheitlich ablehnend positioniert – allerdings im Kielwasser des publikumswirksam inszenierten politischen Widerstands gegen diesen Krieg und im Übrigen ohne das dabei gespielte Doppelspiel (der Bundesregierung) zu durchschauen bzw. zu problematisieren.<sup>17)</sup> Vor dem Hintergrund des (groß-)kirchlichen »Weder-Fisch-noch-Fleisch« gerät Garsteckis Erinnerung an die kirchlicherseits angemahnten »Grenzen bewaffneter Einsätze« fast unweigerlich selbst zu einem »Weder-Fisch-noch-Fleisch«.

Man mag sich auch fragen, warum überhaupt Garstecki zur Kritik der Militärpropaganda des obersten Repräsentanten der Republik so ausgiebig auf Gedankengut aus dem Umfeld der Kirchen zurückgreift. Vielleicht – im Bewusstsein des irgendwie geteilten weltanschaulichen Hintergrunds – in der Hoffnung, damit den vormaligen Kirchenfunktionär im Bundespräsidialamt am ehesten zu erreichen. Das wäre verständlich, hätte den Kritiker aber zwei kritische Anspielungen auf typisch kirchlich-theologische (insbesondere lutherische) Topoi in Gaucks Rede und deren problematische Implikationen übersehen lassen.<sup>18)</sup> Die

Beschwörung einer »nicht ... geheilten, sondern ... tief gespaltenen Welt«, in der »militärische Gewalt«, obwohl »ja immer ein Übel ..., notwendig und sinnvoll sein« könne, »um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden«, trägt die Züge von Theologen-Pathos, der Beschwörung eines mythischen Urverhängnisses und des »Sünder und Gerechter zugleich« von Martin Luthers Rechtfertigungslehre. Und das besondere »Gottvertrauen«, das der Bundespräsident dem Militärpersonal wünscht für seine »wichtige Aufgabe«, das »große ›Wir« zu befördern, »ohne das ein dauerhafter Friede nicht möglich« sei, findet seine Entsprechung in Luthers »Allein aus dem Glauben«. Jedenfalls muss, wer bei seinem Handeln auf die allerhöchste Instanz des »christlichen Abendlandes« setzt, darauf setzen, dass er oder sie im Sinne dieser Instanz agiert und sie auf seiner Seite hat. Also kurz und schlecht: »Gott will es!« und »Gott mit uns!«. Die verhängnisvollen Implikationen dieses christlich-abendländischen Gutkriegerturns sind hinreichend bekannt.

## ■ Resümee und Ausblick

So erhellend und zupackend Garsteckis Kritik an der prominentesten Militärpropaganda jüngerer Datums auf den ersten Blick auch ist, sie erweist sich bei genauerem Hinsehen als zu wenig tiefenscharf und in politisch-praktischer Hinsicht als ambivalent und kompromisslerisch. Garstecki übersieht die Kontinuität der militärpolitischen Entwicklung seit der Epochenwende. Sie verlief und verläuft zwar höchstwahrscheinlich nicht nach irgendeinem Masterplan für einen »dritten Griff zur Weltmacht« – jetzt als »Führungsmacht in Europa« (Maiziere)<sup>19)</sup> –, aber »salamitaktisch« sicher vielfach gezielt, mit einigen katalytischen Höhepunkten (i.B. Kosovo, Nine Eleven und Afghanistan) und insgesamt mit System. Auch problematisiert Garstecki weder die fatale legitimatorische Instrumentalisierung von Nothilfe – Stichwort: »humanitäre Intervention« – zur Akzeptanzbeschaffung für die »Enttabuisierung des Militärischen« (Schröder)<sup>20)</sup> noch den religiös-weltanschaulichen »Mutterboden«, der in Gaucks Rede als Tendenz zur Resakralisierung in »lutherischem« Gewand zu erkennen ist.<sup>21)</sup> Die Ambivalenz von Garsteckis Kritik schließlich liegt i.W. in seiner fraglosen Orientierung an der (groß-)kirchlichen Friedenslehre. Diese Lehre will sich (bisher) nicht auf einen konsequenten Gewaltverzicht bzw. einen kompromisslosen Gewaltrecht-

17) Nauwerth, T. (2003): In the name of the prince of peace – Christliche Kirchen als friedliche Stimme der Vernunft. *Wissenschaft und Frieden*, 21 (2), Dossier Nr. 43; Fuchs, A. (2011): Friedliche Stimme der Vernunft? Nachtrag zu Stellungnahmen christlicher Kirchen zum Irak-Konflikt. In A. Fuchs: »Für Recht und Frieden? Beiträge zum pazifistischen Widerspruch (S. 307-317). Belm-Vehrte: Sozio-Publishing.

18) S. Anm. 2.

19) S. Anm. 3

20) Schröder, G. (2001): Eine neue Form der Selbstverteidigung. Bundeskanzler Schröder über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt. *Die Zeit*, 18.10.2001, <http://www.zeit.de>

21) Vgl. Galtung, J. (1990): Cultural violence. *Journal of Peace Research*, 27, 291-305; Fuchs, A. (2010): Re-Sakralisierung des Militärischen. *Wissenschaft und Frieden*, 28 (3), Dossier 65, S. 2-5.

fertigungsverzicht einlassen und fungiert so gleichsam als Doppelagent: im Dienst einer Kultur des Friedens wie der herrschenden Kriegskultur.

Zur Begründung dieses Ansatzes wird vielfach geltend gemacht, das friedenspolitische Engagement der Kirchen und aus ihrem Umfeld müsse (friedens-)»politikfähig« sein, »Politikfähigkeit« gewinnen, bewahren und erweitern. Diese Motivation ist zweifelsohne so ehrenwert wie wichtig; schließlich geht es um effektives »Friedenschaffen«. Sie darf aber kein instrumentelles Verhältnis zu Wahrheit oder Wahrhaftigkeit zur Grundlage oder zur Folge haben. Wie also unter dem Aspekt der Politikfähigkeit mit der pazifistischen Orientierung umgehen?

Unabdingbar erscheint mir eine Klärung des Konzepts bzw. der Maxime »Politikfähigkeit!«. Dabei kommt es entscheidend auf den friedenspolitischen Maßstab an. Die Friedensagenda der Kirchen ist (m.W. zumindest auf der Ebene des Glaubens und der Verkündigung) auf nichts Geringeres als auf eine Überwindung und Abschaffung der Institutionen Krieg und Militär und auf den Aufbau und die Verbreitung einer Kultur eines (gerechten) Friedens ausgelegt. Demnach kann system-loyales – wenn auch sogenanntes kritisch-loyales – Mitspielen mit den politisch und medial Mächtigen bei überwiegend selbstinteressierten militärischen oder militärgestützten Befriedungsunternehmungen und im Bezugs-Rahmen der herrschenden Kriegskultur – insbesondere im Rahmen des staatsreligiösen Dogmas von der »Friedensnotwendigkeit« militärischer Gewalt – nicht die intendierte Politikfähigkeit ausmachen. Solches Mitspielen läuft letztlich darauf hinaus, die fragliche Staatsdoktrin zu stabilisieren und damit die Zielsetzung der eigenen Friedensagenda zu durchkreuzen.

Andererseits ist mit pazifistischer Fundamentalopposition kein Frieden zu machen – jedenfalls nicht, wenn diese sich auf persönliche »reine Gesinnung« beschränkt; aktives und organisiertes Mit- und Gegenspielen in der politischen Arena ist unerlässlich. Es kommt darauf an, den Zielhorizont der eigenen Friedensagenda nicht zu verste-

cken oder zu verleugnen, sondern offen, argumentativ und konsistent – d.h. widerspruchsfrei, zuverlässig und konsequent – zur Geltung zu bringen. Das schließt Flexibilität gegenüber anderen friedensethischen und -politischen Positionierungen nicht aus, insbesondere nicht bei konkreten Engagements – solange solche Engagements nachvollziehbar, nicht nur nach Selbsterklärung und guter Absicht, »in die richtige Richtung« weisen, zumindest aber dem pazifistischen Ansatz nicht zuwiderlaufen.

Ein Beispiel kann abschließend verdeutlichen, was mit solcher Flexibilität gemeint ist. In einem nicht zur Veröffentlichung bestimmten Entwurf für eine Ökumenische Erklärung zum Gerechten Frieden zum Abschluss der Dekade zur Überwindung der Gewalt ist ein Vorschlag zu finden, der von der Krieg-für-Frieden-Falle wegführen könnte. Der Ökumenische Rat der Kirchen, so der Vorschlag, solle zwar anerkennen, »dass es Situationen gibt, in denen der Einsatz von Gewalt als letztes Mittel zum Schutz der Menschen unvermeidlich erscheinen mag«. Gleichzeitig aber solle die Überzeugung zum Ausdruck kommen, »dass die Anwendung von Gewalt in Konfliktsituationen ein Hindernis auf dem Weg zum Gerechten Frieden darstellt«. Künftig sei »jede theologische oder andere Rechtfertigung der Anwendung militärischer Gewalt aufzugeben und die traditionelle Doktrin des »gerechten Krieges: für veraltet zu erklären.«<sup>22)</sup> Pazifisten und Pazifistinnen würden sich wahrscheinlich auch in einer solchen Positionierung der Kirchen noch kaum wiederfinden, könnten aber darin einen »Schritt in die richtige Richtung« sehen und damit konstruktiver umgehen als mit den bisher vorliegenden kirchlichen Positionierungen.

*Prof. Dr. Albert Fuchs war bis 2002 an verschiedenen Universitäten für Kognitions- und Sozialpsychologie und psychologische Methodenlehre zuständig.*



22) Ökumenische Erklärung zum Gerechten Frieden – Zweiter Entwurf (2010): »Ein Friede, der alles Verstehen übersteigt« (Ziff. 16).